

Mittwoch, 26. Juni 2019, Isenhagener Kreisblatt / LOKALES

# Klagen gegen die A 39

**Gericht beschäftigt sich mit Teilstück nahe Ehra-Lessien**



Bei den Klagen geht es um die geplante A 39 im Abschnitt zwischen Ehra-Lessien und Wolfsburg. Foto: dpa

Leipzig/Ehra-Lessien – Das Bundesverwaltungsgericht hat gestern über Klagen gegen ein erstes Teilstück der umstrittenen Heideautobahn A39 verhandelt. Die Kläger – der Umweltschutzbund BUND, zwei Gemeinden und mehrere private Grundstücksbesitzer – bemängeln unter anderem Verstöße gegen Wasser- und Naturschutzrecht.

Die A 39 soll über 105 Kilometer von Wolfsburg nach Lüneburg führen. Vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geht es zunächst um ein erstes Teilstück von Wolfsburg nach Ehra-Lessien. Die mündliche Verhandlung soll heute enden. Dann wird der Senat in Leipzig festlegen, wann er sein Urteil verkünden will.

Die Autobahngegner bezweifeln auch die Notwendigkeit der Trasse. Es gebe zahlreiche Hinweise, dass wegen gestiegener Baukosten die A39 inzwischen volks- und regionalwirtschaftlich unsinnig sein, hatte der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) Ende April erklärt. Er forderte eine Neuberechnung der Kosten. Laut Verkehrsministerium sind die Kosten zwar tatsächlich von 1,1 auf 1,3 Milliarden Euro gestiegen. Das Ministerium geht aber davon aus, dass das Nutzen-Kosten-Verhältnis weiterhin positiv ist.

Im Norden und Süden sind zwei Abschnitte der A39 seit Langem im Betrieb. Sie verbinden Lüneburg mit Hamburg sowie Wolfsburg mit Braunschweig sowie dem Salzgitter-Dreieck, wo die Autobahn in die A7 Richtung Süden mündet. Derzeit laufen darüber hinaus noch die Planungen für sechs weitere Teilstücke zwischen Ehra-Lessien und Lüneburg.  
dpa / Ini